

TOP 14:

Entschließung des Bundesrates zum Erfordernis einer Grünstromvermarktungsverordnung

- Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen -

Drucksache: 408/15

I. Zum Inhalt

Mit dem Entschließungsantrag des Landes Nordrhein-Westfalen soll die Bundesregierung aufgefordert werden, zeitnah einen Entwurf einer europarechtskonformen Grünstromvermarktungsverordnung vorzulegen. Es soll festgestellt werden, dass die Bundesregierung bislang von der im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2014 verankerten Ermächtigungsgrundlage für eine Grünstromvermarktungsverordnung keinen Gebrauch gemacht hat.

Seit der ersatzlosen Streichung des Grünstromprivilegs im EEG 2014 gebe es keine wirtschaftlich auskömmliche Möglichkeit, Endkunden direkt mit Strom aus EEG-Anlagen zu beliefern. Dabei reduziere insbesondere die regionale Verwendung von Strom aus erneuerbaren Energien den Netzausbaubedarf. Zugleich werde die Entwicklung und Akzeptanz der Energiewende vor Ort durch regionale und lokale Vermarktungsmodelle gefördert. Hierzu könne ein kostenneutrales Grün Strommarktmodell wichtige Impulse setzen.

II. Zum Gang der Beratungen

Das Land Nordrhein-Westfalen hat beantragt, die Vorlage in die Tagesordnung des Bundesrates aufzunehmen und anschließend den Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen

